

22.05.2019

Schriftliche Anfragevon Ezgi Akyol (AL)
und Luca Maggi (Grüne)

Am 21. Mai 2019 hat die kantonale Sicherheitsdirektion mitgeteilt, dass per 1. August 2019 eine neue «kleinere Wohngruppe im Aubruggweg» für unbegleitete minderjährige Asylsuchende (MNA) eröffnet werde und deshalb für die MNA-Aussenstelle Leimbach «kein Bedarf mehr bestehe». Die Erfahrungen mit der Schliessung der Aussenstellen Zollikon und Höngg zeigen, dass die Schliessung von Einrichtungen und die damit verbundenen Transfers bei einer grossen Zahl von Jugendlichen zu Belastungen führen. Vorgaben des Kantons betreffend Information und Einbezug der Jugendlichen bei Wechsel der Unterbringung, fehlende Ressourcen in der sozialpädagogischen Betreuung, Kündigungen frustrierter MitarbeiterInnen und Kürzungen der Leistungen des Kantons stellen zusätzliche Belastungen dar. Wir bitten den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen.

1. Ist die AOZ bzw. der Stadtrat der Meinung, dass die Schliessung von Leimbach und die erneute Umplatzierung von Jugendlichen aus sozialpädagogischen Gründen (die AOZ verpflichtet sich in ihren Betreuungskonzepten zu einer „Pädagogik des ‚Sicheren Ortes‘“) vertretbar ist, im übergeordneten Interesse der Kinder und Jugendlichen liegt und mit den mit der Kinderschutzkonvention eingegangenen Verpflichtungen der Behörden vereinbar ist? Hat sich die Leitung der AOZ, der Vorsteher des SD oder der Stadtrat bei den Verantwortlichen des Kantons (Sozialamt, Regierungsrat) gegen die Schliessung von Leimbach ausgesprochen?
2. Trifft es zu, dass es bei der Bewilligung und Aufsicht der MNA-Zentren einen Wechsel vom Amt für Jugend und Berufsberatung AJB zum kantonalen Sozialamt gab? Wenn ja, was waren die Gründe für diesen Wechsel?
3. Wie ist die Heimaufsicht vor dem Schliessungsentscheid informiert und in den Entscheid einbezogen worden? Wie hat sie reagiert?
4. Wie haben die Schulen, in der die MNA vor der Schliessung der Aussenstellen Höngg (per 31.12.2018) und Leimbach unterrichtet wurden, auf die Entscheide reagiert? Wie haben sich die Lernbedingungen durch die Schliessungsentscheide verändert?
5. Wann wurden die MitarbeiterInnen in Leimbach über die Schliessung informiert? Wie haben sie reagiert? Bitte um Angabe zu den Änderungen der Anstellungsverhältnissen seit 1. Januar 2019. Bitte um Angabe der per 31. Mai 2019 angestellten Personen mit Angaben zum Arbeitspensum, der Ausbildung und der Berufserfahrung.
6. Wie viele Jugendliche wohnten im Januar 2019 und Ende Mai 2019 in Leimbach? Bitte um Angabe zu Geschlecht und Alter, der Aufenthaltsdauer in der Schweiz, der Dauer des Aufenthalts in der Aussenstelle Leimbach, der bisherigen Unterbringungen (inkl. Dauer des Aufenthalts an den verschiedenen Orten). Bitte um Angabe zur aktuellen Ausbildungssituation mit Angaben zu den Schulen.

7. Bitte um Detailangaben zu den bereits erfolgten Neuplatzierungen und alternativen Unterbringungsformen (Pflegefamilien, Verwandte, andere Jugendinstitutionen) von Jugendlichen, die am 1. Januar 2019 in Leimbach gelebt haben. Bitte um die gleichen Angaben zu den nach dem Schliessungsentscheid erfolgten Umplatzierungen.
8. Ist es richtig, dass die Umplatzierung in Jugendheime zugenommen haben? Wie viele Umplatzierungen gab es zwischen 2015 - 2019? Was ist der Grund dafür? Ist die Schaffung der neuen kleinen MNA-Wohngruppe Aubrugg eine Antwort auf vermehrte Umplatzierungen in Jugendheime?
9. Bitte um Angabe zum Konzept der neuen Wohngruppe Aubrugg. Wie verhält sich deren Schaffung zum im Aubruggweg geplanten Angebot eines begleiteten Wohnens für junge Erwachsene aus dem Asylbereich?
10. Wie verhält sich die Schaffung der neuen Wohngruppe Aubrugg zum Antrag 110 Budgetentwurf 2019 des Stadtrats (Konto 3634 00 105 Beiträge an Asyl-Organisation Zürich: Besondere städtische Integrationsleistungen, Verschlechterung um 900'000 CHF, Weiterführung des Zentrums für unbegleitete minderjährige Asylsuchende (MNA) Aubruggweg als städtische Einrichtung).
11. Wie viele MNA lebten Ende Mai im städtisch geführten Zentrum Aubruggweg? Wer finanzierte diese Jugendliche? Wofür werden die vom Gemeinderat beschlossenen 900'000 CHF eingesetzt?
12. Bitte um Angabe zu den Erfahrungen mit der Schliessung der Aussenstelle Höngg per Ende 2018 sowie zur aktuellen Lebenssituation dieser Jugendlichen. Wo und in welchen Betreuungsstrukturen sind die 13 Jugendlichen untergebracht worden?
13. Bitte um Angaben zum Prozess der Umplatzierung bei weiterlaufender Betreuung durch die AOZ, bei Erreichung der Volljährigkeit oder Änderung der Betreuungsform. Wer ordnet Umplatzierungen an? Wie sind die Beistände involviert? Wann, von wem und wie werden die Jugendlichen informiert? Wann und wie können Meinungen und Bedürfnisse der Jugendlichen abgeholt werden? Wie und durch wen werden die Jugendlichen im Prozess des Umzugs und dem Wechsel des Umfelds begleitet? Ist es richtig, dass auf Weisung des kantonalen Sozialamts die Jugendlichen erst 10 Tage vor dem Wechsel informiert werden darf und der neue Ort erst am Tag vor dem Wechsel bekanntgegeben wird?
14. In der Antwort auf die Anfrage 2018/363 ist ausgeführt worden, dass es nach der Schliessung der Aussenstelle Zollikon vor allem im Zentrum Lilienberg zu grosser Unruhe und zu fremd- und selbstgefährdendem Verhalten von Jugendlichen gekommen sei. Es seien aber für alle Jugendlichen gute Lösungen gefunden worden. Bitte um Detailangaben zum fremd- und selbstgefährdenden Verhalten dieser Jugendlichen. Bitte um Angabe zu den erwähnten „Lösungen“, die gefunden worden sind. Bitte um Detailangaben zur aktuellen Lebenssituation der bis zur Kommunikation des Schliessungsentscheids in Zollikon untergebrachten Jugendlichen. Sind alle Jugendlichen wohlauf?
15. Bitte um Angabe zur Entwicklung der von der AOZ im Rahmen des kantonalen Auftrags untergebrachten MNA (quartalsweise, seit 2013, mit Angaben zum Status) und der per Ende 2019 und Ende 2020 erwarteten Belegung. Ist davon auszugehen, dass in Zukunft nur das Zentrum Lilienberg für die Unterbringung von MNA zur Verfügung steht?

